

Politischer Umbruch nach der Wahl!? Was sozial-politisch jetzt notwendig ist. Ob zu Fragen der Pandemie, des Klimawandels, der Kinderarmut, zur Demokratie oder Geschlechtergerechtigkeit – unsere Forderungen für eine soziale und nachhaltige Zukunft.



Ansicht

4:21

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.



Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

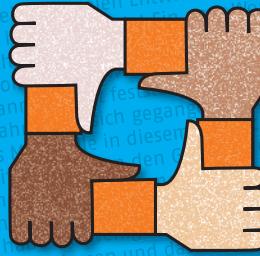


UNSERE LEITSÄTZE

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.



Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.



Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.



Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.



Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell, innovativ und nachhaltig. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.





Liebe Leserin, lieber Leser,

ganz ehrlich: Ich hätte nicht gedacht, dass wir uns Ende dieses Jahres in einer noch brenzlicheren Pandemielage befinden könnten als vor einem Jahr. Impfen und auf die Mitmenschen große Rücksicht nehmen bleiben die obersten Gebote der Stunde. Die Lage rund um das Virus überschattet auch den Start der künftigen Bundesregierung. Angesichts der Herausforderungen eines nachhaltigen und sozialen Umbaus unseres Landes ist klar, wie bedeutsam die kommenden Regierungsjahre für unser Land sein werden.

Für uns ist klar, dass das Thema Pflege schnell und umfassend angegangen werden muss: Die Arbeitsbedingungen für Pflegenden sind deutlich zu verbessern, Pflegekosten sind solidarisch zu tragen und pflegende Angehörige müssen entlastet werden. Eine Herausforderung bleibt die Behebung des Fachkräftemangels in der Pflege. Voraussetzung dafür sind ohne Wenn und Aber bessere Arbeitsbedingungen und die bessere Bezahlung nach Tarif. Die Aufnahme einer Kindergrundsicherung in einen Koalitionsvertrag wäre ein Meilenstein gegen Kinderarmut. Mit Blick auf die Pandemie sind die Nachholbedarfe von Kindern und Jugendlichen neben schulischen Inhalten zum Teil enorm, denn die nötigen Schutzmaßnahmen gehen notgedrungen mit großen Belastungen für ihre soziale Entwicklung einher. Stellen wir daher jetzt die Weichen, damit kein Kind mehr dem langfristigen Entwicklungsrisiko Armut ausgesetzt ist, sondern seine Chancen und Potenziale voll ausschöpfen kann. Das ist nachhaltige Sozialpolitik. Wie dies in der Praxis funktioniert, berichtet unser Freund Erich Fenninger von der Volkshilfe Österreich in seiner »Außenansicht«. Ebenso in dieser Ausgabe ein großes Interview mit der Vorsitzenden und dem Vorsitzenden des Präsidiums Kathrin Sonnenholzner und Michael Groß zur Bedeutung von freiwilligem Engagement in diesen Zeiten.

Ich wünsche Ihnen weiter gute Gesundheit!

Prof. Dr. Jens M. Schubert
AWO-Bundesvorsitzender

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker ·

Berit Gründler · Peter Kuleba v.i.s.d.P. ·
apl. Prof. Dr. jur. habil. Jens M. Schubert

Konzept und Gestaltung

Stephanie Roderer,
www.stephanie-roderer.de

Fotografie

Titel shutterstock, S. 3 AWO Bundesverband
S. 6 BAGFW · S. 5 · S. 7 AWO International
S. 14, 15 Klaus Lange für den AWO Bundesverband · S. 9-14, 16-20 shutterstock ·
S. 21 Eventfotografie Kiel, Mona Taube ·
S. 22 Christopher Glanzl

Anzeigen

TAG Agentur & Verlag
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

Druck

deVega Medien GmbH, Augsburg.
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit - GFA-COC-002292-MN





DEMOKRATIE

DEVI Fachtag zu Klassismus

Rund ein Fünftel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind von Armut betroffen. Auch im Alltag der Kindertagesbetreuung spielt Klassismus eine große Rolle. Bekleidung, Urlaub, Spielzeug, mitgebrachtes Essen, Ausflüge: All dies sind Marker für die Klassenzugehörigkeit und beeinflussen, wie die Kinder von den anderen Kindern und Erwachsenen wahrgenommen werden. Auch deshalb funktioniert Kindertagesbetreuung nicht als »soziale Waschanlage«.

An diesem Fachtag am 6. Dezember 2021 wollen wir darüber sprechen und miteinander in Austausch kommen, wie Klasse und Klassismus den sozialen Status einer Person und deren Handlungsmöglichkeiten in der Gesellschaft – besonders in Krisenzeiten – erschweren. Es ist eine gemeinsame Veranstaltung des AWO Bundesverbandes, des Bundesverbandes für Kindertagespflege und der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

➔ Anmeldung unter: <https://zwst-kompetenzzentrum.de/termin/fachveranstaltung-klassismus-in>

➔ jannes.hesterberg@awo.org

Quelle: Philipp Kufferath / Jürgen Mittag, Geschichte der Arbeiterwohlfahrt (AWO).
Foto: AdsD/FES: 6/
FOTB045068



ENGAGEMENT

Marken kaufen – Menschen helfen!

Die neuen Weihnachtsmarken wurden veröffentlicht und können ab sofort erworben werden. Das Motiv des diesjährigen Sonderpostwertzeichens zu Weihnachten ist: »Die Botschaft des Engels: Fürchtet euch nicht!« Mit diesen Marken können soziale Projekte unterstützt werden: Das kann die neue Hüpfburg für die Kita um die Ecke sein oder ein Ausflug der örtlichen Senioreneinrichtung und vieles mehr.

Seit über 70 Jahren werden die Marken mit Zuschlags-erlösen zugunsten der Freien Wohlfahrtspflege herausgegeben. Alle Erlöse, die Haupt- und Ehrenamtliche der einzelnen Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände erzielen, werden direkt vor Ort zur Finanzierung sozialer Maßnahmen eingesetzt.

➔ Berit Gründler • werbung@awo.org
awo-engagiert.awo.org

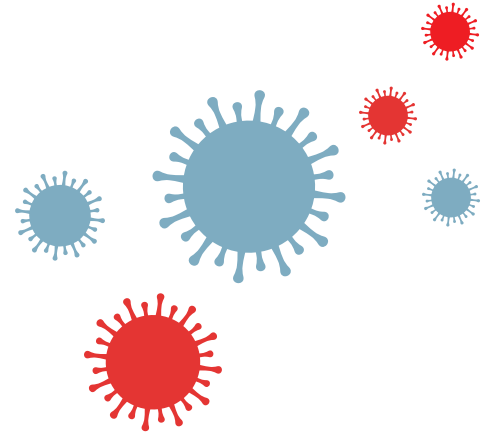
HISTORISCHES PORTRÄT

Otto Fichtner 1929–2013

Der AWO-Bundesvorsitzende der Jahre 1989 – 1991 trat bei Amtsantritt bereits eine lange sozialpolitische Laufbahn hinter sich. Der aus Bremen stammende Verwaltungsjurist war von 1956 bis 1961 für den SPD-Verband in Bonn tätig. Im Bremer Senat wurde er schließlich Abteilungsleiter für Jugend und Wohlfahrt, außerdem Mitglied der AWO, für die er in mehreren Fachausschüssen mitarbeitete. Ab 1965 war Sozialdezernent in Essen, von 1969 bis 1976 Abteilungsleiter im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, danach wieder Sozialdezernent in Hamburg. Zudem übernahm er ab 1978 für elf Jahre den Vorsitz des Deutschen Vereins, dessen Vorstand er von 1966 angehört hatte. Nach der Wiedervereinigung arbeitete er in Brandenburg als Abteilungsleiter im Sozialministerium und von 1991 bis 1993 als Präsident des Landesamts für Soziales und Versorgung.

➔ Weitere Informationen im Historischen Archiv der AWO www.awo-historie.org

Anhaltende Belastung durch Corona für das Sozial- und Gesundheitswesen



Die Bank für Sozialwirtschaft (BFS), die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) und die Universität zu Köln haben Anfang November 2021 die Ergebnisse ihrer vierten Umfrage zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie für das Sozial- und Gesundheitswesen veröffentlicht.

Die bundesweit größte Längsschnittstudie zeigt, wie sehr die Rettungsschirme und Schutzpakete des Bundes und der Länder, insbesondere auch die Leistungen aus dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz dazu beigetragen haben, dass die Träger der sozialen Infrastruktur in der Krise sicher weiterarbeiten konnten. Finanzierungslücken wurden geschlossen, Liquiditätsgpässe behoben, so das Fazit der Studie.

Dabei wurden die Leistungen durchgängig nur dort und insoweit in Anspruch genommen, wo die Leistungserbringung tatsächlich nicht möglich war. »Die Studie bestätigt in ihrer vierten Auflage noch einmal die außerordentlichen Belastungen, aber auch die Flexibilität der Leistungserbringer«, so Prof. Dr. Harald Schmitz, Vorstandsvorsitzender der Bank für Sozialwirtschaft, zu den Ergebnissen. Der Digitalisierungsschub für die Sozialwirtschaft ist unübersehbar und bringt erhebliche Transformationserfordernisse mit sich. Im Gegensatz zu den bisherigen Erhebungen betrachtet die vierte Studie nicht nur die wirtschaftlichen Auswirkungen auf das Sozial- und Gesundheitswesen insgesamt, sondern verdeutlicht, in welchen Bereichen weiterhin Förderung benötigt wird.

Die bundesweite Umfrage wurde im Zeitraum vom 20. September bis 18. Oktober 2021 durchgeführt und verzeichnete 1.400 Teilnehmer*innen. Die Ergebnisse der Umfrage stehen auf der Website der Bank für Sozialwirtschaft zum Download bereit: www.sozialbank.de/covid-19/umfrage

Die zentralen Ergebnisse der Studie

- Weiterhin müssen alle Einrichtungen mit Auslastungsrückgängen umgehen. Stark betroffen sind u. a. Tagespflegen (76 Prozent) und stationäre Pflegeeinrichtungen (53 Prozent).
- Der Pflegerettungsschirm nach § 150 SGB XI und das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) sind mit Abstand die wichtigsten Instrumente zur Absicherung der wirtschaftlichen Lage, gefolgt von den Programmen der Landesregierungen.
- Bei Auslaufen der relevanten Schutzmaßnahmen und Hilfspakete rechnet ein erheblicher Anteil der Befragten mit einem Liquiditätsrückgang von zumeist zwischen 5 und 20 Prozent. Zudem werden von einer Mehrheit Refinanzierungslücken zwischen fünf und 30 Prozent erwartet.



BAGFW

Sozialpreise verliehen

Im Oktober 2021 wurden vier Journalist*innen für ihre herausragenden Arbeiten zu sozialen Themen mit dem Deutschen Sozialpreis 2021 geehrt. Ausgezeichnet wurden Beiträge in den Sparten Print, Hörfunk, Fernsehen und Online.

Die Gewinner*innen-Beiträge waren:

Hörfunk: Das Leiden der Angehörigen – Wie Alkoholsucht Familien zerstört.

Fernsehen: »Weiblich, obdachlos, unsichtbar – Frauen zwischen Straße und Notunterkunft«

Online: »Aschenberg – ein Stadtteil gibt nicht auf«

Print: »Und raus bist du«

Seit 1971 verleihen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege den Deutschen Sozialpreis. Der Medienpreis zur sozialen Lebenswirklichkeit in Deutschland ist in jeder Sparte mit 5.000 Euro dotiert. In einem mehrstufigen Auswahlverfahren wurden in diesem Jahr rund 230 hochwertige Arbeiten von einer unabhängigen Fachjury bewertet.

➔ Berit Gründler • info@awo.org



MIGRATION

60 Jahre Anwerbeabkommen

Am 30.10.2021 jährte sich das Inkrafttreten des Deutsch-Türkischen Anwerbeabkommen zum 60. Mal. Im Rahmen dieses Abkommens wurden sog. »Gastarbeiter*innen« für die Bundesrepublik angeworben, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Bis zum Anwerbestopp 1973 kamen rund 600.000 türkische »Gastarbeiter*innen« nach Deutschland, die sich ab diesem Zeitpunkt für eine dauerhafte Niederlassung entschieden. Seit 1962 gibt es Beratungsstellen für einwandernde Menschen, in denen diese Unterstützung und Rat für ihre vielen Fragen finden – vom Lernen der deutschen Sprache über den Zugang zu beruflicher Qualifikation und Weiterbildung bis hin zur Frage von Wohnraum und Bildung für die Kinder. Die Beratungsstellen für erwachsene und jugendliche Einwander*innen sind nach wie vor wichtige Anlaufstellen für alle, die neu in Deutschland sind und sich orientieren wollen – dies ist in der Corona-Pandemie nochmals besonders deutlich geworden, als viele andere Stellen geschlossen waren. Deutschland ist Einwanderungsland. Dazu gehört unter anderem eine solide Finanzierung der Migrationsberatungsdienste hierzulande.

➔ talibe.suezen@awo.org

SCHULDNERBERATUNG

Anfragen nach Beratung nehmen zu

Immer mehr Menschen geraten durch die Pandemie in finanzielle Not. Im ersten Halbjahr 2021 verzeichneten die gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen im Vergleich zum Aufkommen vor der Pandemie einen deutlichen Anstieg der Anfragen nach Beratung. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV). Immer mehr Menschen erkundigen sich nach einem Pfändungsschutzkonto und brauchen Hilfe beim Ausfüllen der notwendigen Bescheinigung. Zusätzlich zu einer Aufstockung der Mittel für die Schuldnerberatung fordert die AWO, den Zugang zur gemeinnützigen Schuldnerberatung für weitere Zielgruppen auszuweiten, etwa für Erwerbslose und Solo-Selbstständige. Aktuell haben nach Gesetz nur Verbraucher*innen im Sozialleistungsbezug einen Anspruch auf eine kostenlose Beratung.

➔ Sabine Weisgram • sabine.weisgram@awo.org



AWO INTERNATIONAL

Fair schenken zu Weihnachten

Die Auswirkungen der Pandemie machen sich auch im Fairen Handel bemerkbar. Ausgangssperren und Schutzmaßnahmen erschwerten die Arbeit der Kleinbäuer*innen im Globalen Süden. Gleichzeitig mussten weltweit wichtige Handelspartner ihre Geschäfte schließen.

Unser fairer AWO-Kaffee wird von zwei Kaffeeoperativen in Nicaragua und in Mexiko produziert, die ebenfalls schwer von der Krise getroffen wurden. Angesichts der aktuellen dramatischen Situation der Kaffeeproduzent*innen weltweit wird die Bedeutung des Fairen Handels besonders deutlich: Im Fairen Handel steht der Mensch vor dem Profit. Es geht nicht um Gewinnmaximierung, sondern um die Förderung von gerechten Arbeits- und Handelsbeziehungen.

Zeigen auch Sie Ihre Solidarität mit den Kaffeeoperativen und verschenken Sie dieses Jahr unseren fairen AWO-Kaffee oder AWOpreso zu Weihnachten! Bei Bestellungen bis zum 15. Dezember liegt Ihr faires Geschenk auch rechtzeitig unter dem Weihnachtsbaum.

➔ Weitere Informationen www.awointernational.de
mail@awointernational.de

➔ Zum Shop: www.awointernational.de/de/shop/

»Die AWO setzt sich seit ihrer Gründung für die umfassende Emanzipation und Selbstbestimmung von Frauen ein. Dazu gehört ausdrücklich auch das Recht, selbstbestimmt darüber zu entscheiden, ob, wann und wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen möchte. Frauen müssen vollständige, umfassende und aus einer Hand verfügbare medizinische Informationen erhalten, um eine für sie sinnvolle Entscheidung zu treffen zu können.«

Prof. Dr. Jens M. Schubert
AWO-Bundesvorsitzender

FRAUEN

Fachkongress zum 150-jährigen Bestehen des §218 StGB

Der AWO Bundesverband hat das 150-jährige Bestehen des Paragraphen 218 – der strafrechtlichen Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen – zum Anlass für verstärkte Aktivitäten im Kampf um reproduktive Rechte genommen. Als eine von zehn Kooperationspartner*innen veranstaltete der Bundesverband, gefördert vom Bundesfrauenministerium, vom 27. bis 28.8.2021 einen digitalen interdisziplinären Fachkongress »150 Jahre §218 im Strafgesetzbuch«. Im Rahmen von Vorträgen und Podien setzten sich über 500 Teilnehmer*innen mit der Entstehungsgeschichte des Paragraphen, der menschenrechtlichen Dimension und den Auswirkungen der geltenden Regelung auf die medizinische Versorgungslage auseinander. Besonders eindrücklich waren die Erfahrungsberichte von vier betroffenen Frauen*, die unter unterschiedlichen Gesetzeslagen einen Schwangerschaftsabbruch erlebt haben. In zehn parallel stattfindenden Workshops vertieften die Teilnehmer*innen ihr Wissen. Besonders nachgefragt waren die Themen vorgeburtliche Untersuchungen, die Zukunft der Schwangerschaftsberatung und begleitete Schwangerschaftsabbrüche zu Hause. Mit einer Abschlusserklärung forderten die Organisator*innen des Kongresses die zukünftige Bundesregierung auf, eine menschenrechtskonforme gesetzliche Regelung von Abbrüchen außerhalb des Strafgesetzbuches zu entwickeln. Bis Ende Oktober wurde die Erklärung von über hundert Organisationen und über 600 Einzelpersonen unterschrieben und an die Parteivorsitzenden der im neuen Bundestag vertretenen Parteien versandt.

➔ Näheres zum Kongress: www.150jahre218.de
sarah.clasen@awo.org

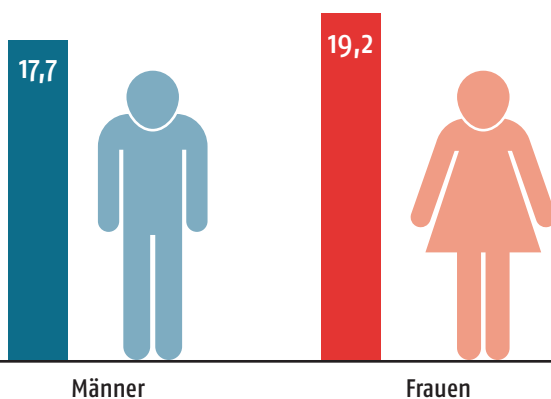
Gute und sichere Löhne sind wichtig

Mit der ökonomischen Globalisierung Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er-Jahre sind bestimmte, bis dato sicher geglaubte Tätigkeiten unter Preis- und somit auch unter Lohndruck geraten. Dies macht sich bis heute vor allem bei den schlechter bezahlten Tätigkeiten bemerkbar. Ebenso wird vermeintlich sicher geglaubte Arbeit unsicher; wird vormals gut bezahlte Arbeit schlechter entlohnt – trotz guter Berufsausbildung der Betroffenen. Das sogenannte Aufstiegsversprechen, also die vielzitierte Durchlässigkeit der Arbeitsgesellschaft, nehmen immer mehr Menschen so nicht wahr. Die Zunahme der geringfügig Beschäftigten, der prekären Arbeit – regelmäßig ohne Tarifbindung und Betriebsratsflankierung – sowie der gering entlohnten Vollzeitarbeit steht dem entgegen mit all ihren Konsequenzen bis hin zur potenziellen Altersarmut. Die Armutsgefährdungsquote liegt seit vielen Jahren um die 18 Prozent und damit auf einem beträchtlichen Niveau. Umso wichtiger sind tarifgebundene Löhne. Sie können Armut verhindern, die Kaufkraft steigern und somit zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage beitragen.

Tarifflicht, geringfügige Beschäftigung, prekäre Arbeit und die niedrig entlohnte Vollzeitarbeit haben nicht nur Auswirkungen auf die potentielle Kaufkraft – so die aufgeführten Daten –, sondern führen auf Dauer auch zu Einnahmeverlusten der Sozialversicherungen und Einkommensteuerverlusten im Bund, den Ländern und den Kommunen; Einnahmen, die nicht zuletzt für Investitionen in die soziale Infrastruktur fehlen können. ❤️

Durch Tarifflicht und Lohndumping entgehen den Sozialversicherungen in Deutschland jährlich rund 30 Milliarden Euro an Beiträgen. Bund, Länder und Kommunen nehmen aus demselben Grund circa 18 Milliarden Euro weniger Einkommensteuer ein. Die mangelnde Tarifbindung wirkt sich darüber hinaus unmittelbar auf die Kaufkraft der Beschäftigten aus: Insgesamt rund 42 Milliarden Euro mehr hätten die Beschäftigten pro Jahr im Portemonnaie, wenn es eine flächendeckende Tarifbindung geben würde.

Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen (außer Renten und Pensionen) nach dem Geschlecht, Anteil in %



Kosten der Tarifflicht 2021 in Milliarden Euro

■ Ostdeutschland
■ Westdeutschland

Mindereinnahmen
der Sozialversicherungen

10,3
Mrd.

19,5
Mrd.

Mindereinnahmen
bei der Einkommensteuer
für Bund, Land und
Kommunen insgesamt

6,2
Mrd.

11,9
Mrd.



Kaufkraftgewinn, wenn
Beschäftigte tarifgebunden
wären

27,2
Mrd.

41,6
Mrd.

Quelle Armutsgefährdung: DESTATIS, Stand 4. November 2021
Quelle Tarifflicht: Sonderauswertung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).
Den Berechnungen liegt die letzte Verdienststrukturerhebung (VSE) nach
Beschäftigten mit und ohne Tarifbindung des Statistischen Bundesamts zugrunde.

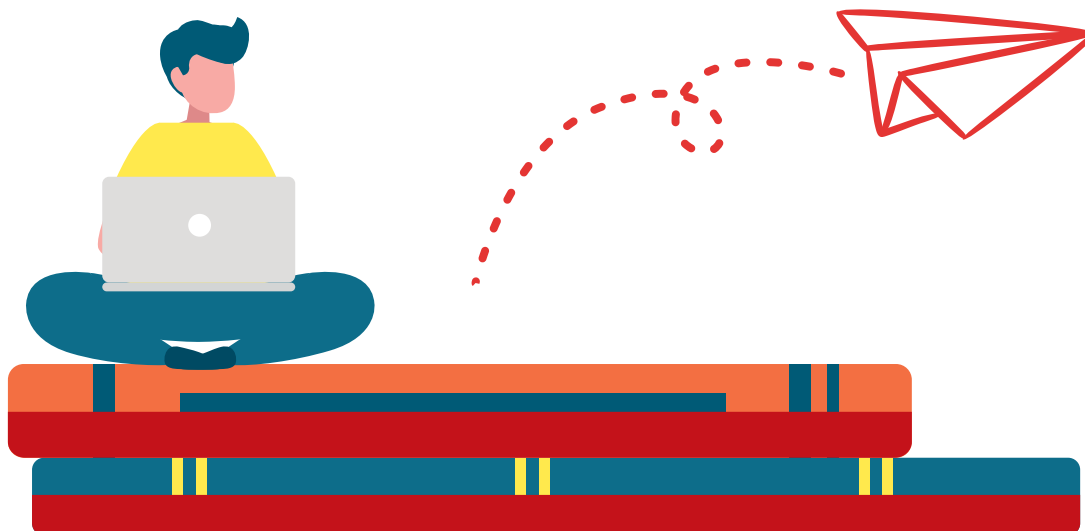
AWO THEMA





Nach der Wahl

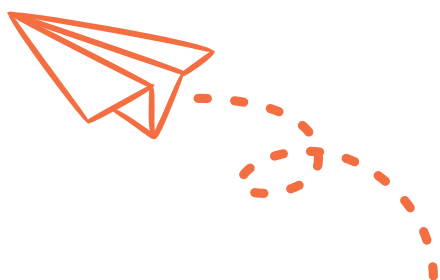
Der Sozialstaat und die Zivilgesellschaft müssen gestärkt werden. Die Kosten der Pandemie dürfen nicht durch Sparpolitik und Leistungskürzungen refinanziert werden. Die AWO entwickelt Ideen, um die Zukunftsfragen – Ungleichheiten, Demokratiefragen, Digitalisierung, Klimaschutz oder demographischer Wandel – sozial und nachhaltig zu beantworten. Unabdingbar sind dabei eine sozial gerechte Verteilung der Lasten und eine Politik, die Zukunft entschlossen gestalten möchte.



Politischer Aufbruch – jetzt!

Zukunft geht nur sozial gerecht. Menschen müssen sich in allen Lebenslagen und auch in Zeiten von Unsicherheiten und Umbrüchen auf die Unterstützung des Sozialstaates, eine ausfinanzierte Daseinsvorsorge und gesellschaftliches Miteinander verlassen können. In der kommenden Legislaturperiode müssen sozial- und gesellschaftspolitische Vorhaben nachhaltig angepackt werden. Dafür setzt die AWO sich ein.

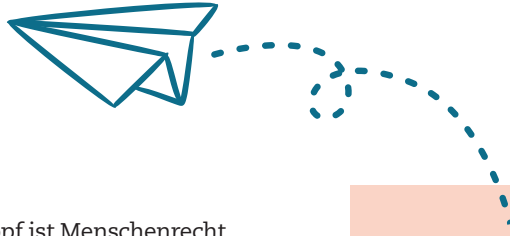
AUTOR PETER KULEBA



Die Pandemie hat vieles ungewiss, aber auch vieles deutlich gemacht. Das Bild vom »Brennglas«, unter dem bereits existierende Entwicklungen klarer erkennbar werden, trifft zu. Ursächlich hervorgebracht hat die Pandemie strukturelle Probleme und Defizite nicht, an manchen Stellen verstärkt aber sehr wohl. Ohne einen handlungsfähigen Sozialstaat und ohne regulierende Maßnahmen ist soziale Politik nicht möglich; der Zusammenhalt in einer gerechten Gesellschaft ist ohne einen starken Sozialstaat und ohne eine vitale Zivilgesellschaft unmöglich. Darauf weisen auch die Vorsitzenden des Präsidiums Kathrin Sonnenholzner und Michael Groß nachdrücklich im Interview (S. 14–17) hin.

Staat muss handeln können

Die Folgen der Wirtschaftskrise, Sparmaßnahmen von Bund und Ländern oder Steuersenkungen fallen potenziert den Handelnden vor Ort auf die Füße. In den Einrichtungen und Diensten der AWO sind immer mehr Kolleg*innen am Ende ihrer Belastungsgrenze angekommen. Wenngleich es derzeit nicht danach aussieht, so bleibt die Forderung bestehen, dass die Schuldenbremse abgeschafft gehört. Keiner redet unmotiviertem Schuldenmachen das Wort, aber wenn rigides Sparen etwa zu heruntergekommenen Kitas führt, Schulen nicht instand gesetzt werden können, Fort- und Weiterbildungsprogramme reduziert werden, dann bleibt Deutschland weit unter seinen eigentlichen Möglichkeiten. Schuldnerberatungsstellen, Frauenhäuser oder Schwangerschaftskonfliktberatungen haben in den letzten Monaten ein hohes Aufkommen zu verzeichnen, weil die Betroffenen in ihrer Alltagsbewältigung überfordert sind. Ihnen wird von den Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege geholfen, von Mensch zu Mensch. Diese soziale Arbeit in Frage zu stellen, schadet unserem Miteinander nachhaltig.



Menschenwürde

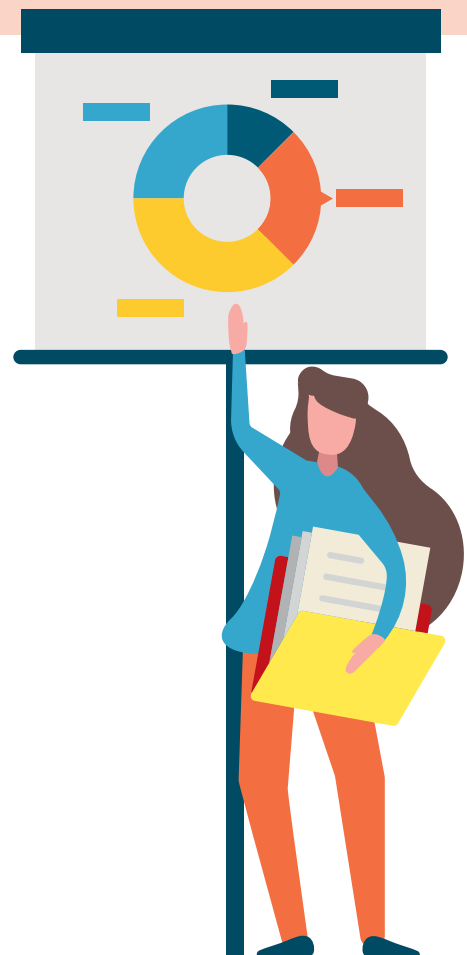
Ein Beispiel: Ein Dach über dem Kopf ist Menschenrecht und direkt verbunden mit der Würde des Menschen. Möglicher Wohnungsverlust ist für die Betroffenen eine oftmals negative Wendung in der eigenen Biografie. Zur Verhinderung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bedarf es umfangreicher Reformen, um insbesondere Mieter*innen in Ballungsgebieten besser zu schützen. Wenngleich die Belastungsquote insgesamt leicht rückläufig ist, erleben gerade die ärmsten Haushalte kaum Verbesserungen. Es gilt jetzt, den sozialen Wohnungsbau wieder stärker zu fördern, Mietpreissteigerungen gesetzlich wirksamer zu begrenzen und das Mietrecht sozialer auszugestalten. Notwendige Gebäudesanierungen aus ökologischen Gründen dürfen keine Mietpreisexplosionen verursachen. Umweltmaßnahmen müssen sozial abgedeckt sein.

Nachhaltig ist auch sozial

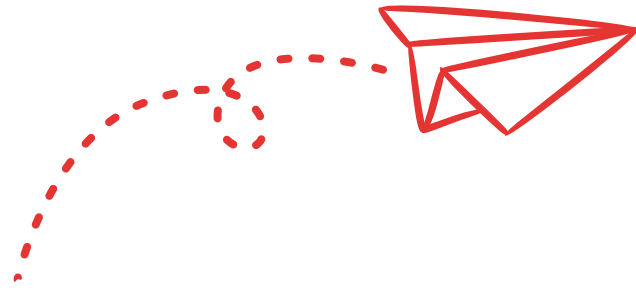
Die AWO steht hinter dem Pariser Klimaschutzabkommen und dem Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Verschärft sich die Situation, weil wir den Klimawandel nicht einzudämmen versuchen, werden wir nicht nur – weltweit – individuelles Leid, sondern auch soziale Verwerfungen in einem ganz neuen Ausmaß erleben; werden nicht nur die ökologischen Folgen, sondern auch die volkswirtschaftlichen Kosten enorm sein. Ärmere Teile der Bevölkerungen, so zeigen diverse Untersuchungen, tragen am wenigsten zum Klimawandel bei, leiden übermäßig an den Folgen und müssen bei nicht zu Ende gedachten Klimaschutzmaßnahmen überproportional die Lasten tragen. Anders gesagt: Klimaschutzpolitik hat immer auch eine soziale Dimension. Ungleichheit darf sich bei den Kosten der nötigen Schutzmaßnahmen nicht fortsetzen. Wir müssen also grundsätzliche Veränderungen anstoßen, um Menschen vor den Folgen eines ungebremsten Klimawandels zu schützen. Deutschland muss Vorreiterin beim Klimaschutz und Modell für eine ökologische Transformation, die gleichzeitig sozial gerecht ist, werden. Das braucht eine mutige und visionäre Sozialpolitik, die Belastungen und Kosten gerecht verteilt, um dadurch allen Menschen eine Teilhabe an klimafreundlichen und nachhaltigen Lebensstilen zu ermöglichen. Um hier Akzeptanz zu erhöhen, ist an wichtige Lenkungssysteme wie die CO₂-Besteuerung die Anforderung zu stellen, widerspruchsfrei aufgebaut, mit tatsächlichem Lenkungseffekt versehen sowie verständlich strukturiert zu sein. Die Debatte um Verzicht ist durch eine Debatte um die gerechten Zugänge zum Möglichen zu ersetzen. Dabei sind die Gesellschaft und deren vielfältig bestehende Ideen von der Politik aufzunehmen. ♡

Mit einem starken Sozialstaat Armut bekämpfen – mit und nach der Pandemie

Aus der Erfahrung der Pandemie müssen wir jetzt Konsequenzen ziehen, unseren Sozialstaat endlich krisenfest ausgestalten und Ungleichheiten abbauen. Prävention, Gemeinwohlorientierung und Gemeinnützigkeit statt weiterer Ökonomisierung und Renditeorientierung streben wir an. Es darf jetzt nicht der Rotstift im sozialen Bereich angesetzt werden. Stattdessen muss es zu einer gerechten Verteilung der Folgekosten von Corona sowie zu umfassenden Investitionen kommen. Dabei muss die soziale und inklusive Infrastruktur, unter anderem für Familien und in der Bildung, umfangreich gesichert werden. Außerdem muss eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung jetzt eingeführt werden, um alle Kinder verlässlich vor Armut zu schützen. Aber auch für Erwachsene muss die Grundsicherung endlich reformiert und die Arbeitsförderung ausgebaut werden. Alle Menschen müssen gesellschaftlich teilhaben können – übrigens auch digital.



Engagement ist zeitlos



Die im Sommer auf einer Bundeskonferenz gewählten Vorsitzenden des Präsidiums Kathrin Sonnenholzner und Michael Groß im Interview zu grundlegenden Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders, der Bedeutung des freiwilligen Engagements und ihren Forderungen an eine neue Bundesregierung in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Umbrüche.

INTERVIEW PETER KULEGA UND FREDERIK PALMER

Frau Sonnenholzner, Herr Groß: Was hat Sie motiviert, Präsidentin und Präsident des AWO Bundesverbandes werden zu wollen?

KATHRIN SONNENHOLZNER Seit über 20 Jahren bin ich vom Ortsverein bis zum Landesverband in der AWO ehrenamtlich engagiert. Das Angebot, zusammen mit Michael Groß den Verband weiterzuentwickeln, hat mich sehr geehrt. 100 Jahre nach der Gründung durch Marie Juchacz war es auch Zeit, dass wieder eine Frau an der Spitze steht!

MICHAEL GROSS Die Wohlfahrtspflege wird auch in den nächsten Jahren ein wichtiger Bestandteil unseres Sozialstaates sein. Hier mitgestalten zu können, war und ist für mich eine ganz wesentliche Motivation. Wir müssen noch mehr tun, um jene Menschen gut zu vertreten, die sonst keine Lobby haben.

Was machen eigentlich eine Präsidentin und ein Präsident der AWO? Und was sind Ihre inhaltlichen Pläne?

KATHRIN SONNENHOLZNER Ein großer Bestandteil unserer Arbeit wirkt in den Verband hinein. Da gibt es eine Menge Aufgaben, um ihn zukunftsfest zu machen. Nach außen werden wir natürlich immer auch für Inhalte zu wichtigen Themen eintreten. Das ist auch im Rahmen der Regierungsbildung geschehen. Zum Beispiel bei der Frage: Wie geht es etwa in der Gesundheits- und Pflegepolitik weiter?

MICHAEL GROSS Es ist ganz wichtig, die AWO weiter als Mitgliederverband zu stärken. Wir müssen dafür sorgen, möglichst viele Menschen für die AWO zu gewinnen. Angesichts der demografischen Entwicklung wird das eine große Herausforderung. Unsere Stärke ist das Ehrenamt, das freiwillige Engagement; jede*n mitwirken zu lassen, wenn er oder sie es möchte. Wir müssen als AWO zudem immer wieder deutlich machen, dass der Sozialstaat in seiner Vielfalt nur dann funktionieren kann, wenn wir alle respektvoll miteinander umgehen.

Ein Thema, das Sie beide immer wieder in den Fokus rücken, ist das Thema Einsamkeit. Warum?

KATHRIN SONNENHOLZNER Einsamkeit ist in einer Gesellschaft, die immer älter wird und in der immer mehr Menschen alleine leben, ein wachsendes Phänomen. Die Pandemie und ihre Folgen haben diese Einsam-



KATHRIN SONNENHOLZNER

ist Ärztin. Sie war vom Oktober 2003 bis zum November 2018 Mitglied der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. Im Juni 2021 wurde sie von den Delegierten der AWO-Bundeskonferenz, dem höchsten Beschlussgremium des Verbandes, zur Vorsitzenden des Präsidiums gewählt.

praesidentin@awo.org

keit vielfach verstärkt. Als AWO müssen wir dazu niederschwellig präventive Angebote machen. Ein Beispiel: Es gibt sogenannte präventive Hausbesuche bei alten Menschen, die überwiegend Pflegebedürftigkeit verhindern sollen. Diese könnten auch dazu dienen, festzustellen, wenn jemand keine sozialen Kontakte mehr hat und dadurch droht, psychische Schwierigkeiten zu bekommen.

MICHAEL GROSS Einsamkeit ist vielfältig und jede*r empfindet das auch anders. Der eine und die andere möchten vielleicht hauptsächlich oder temporär alleine sein. Die Frage generell ist dennoch: Gibt es im Zweifel ein soziales Netz? Hat man Möglichkeiten des Austauschs mit anderen Menschen, findet man Hilfe und Unterstützung in seiner Alltagswelt, wenn man diese etwa in Zeiten von Krankheit oder Traurigkeit braucht? Eine hervorgehobene Rolle kommt da dem Stadtteil, dem Quartier zu. Können die Menschen die Nachbarn erreichen? Werden sie wahrgenommen? Sind sie in Unterstützungssystemen? Gehen andere Menschen auf sie zu? Die AWO hat einen wichtigen Auftrag in den Quartieren. Wir können und müssen mit unseren Angeboten und Dienstleistungen Treffpunkt und Partnerin für Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen sein. Es gibt da keine Standardangebote, sondern wir müssen sehr genau darauf achten, wie sich eine Lebens-



MICHAEL GROSS

ist Diplom-Sozialarbeiter. Er war vom Oktober 2009 bis 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages für die SPD. Auch er wurde im Juni 2021 von den Delegierten der AWO-Bundeskongress, dem höchsten Beschlussgremium des Verbandes, zum Vorsitzenden des Präsidiums gewählt.

praesident@awo.org



»Bürgerschaftliches Engagement ist eine der tragenden Säulen der Arbeiterwohlfahrt – nicht nur, aber auch im Quartier. [...] Freiwilliges Engagement oder Ehrenamt ist die DNA eines Wohlfahrtsverbandes.«

situation in den Quartieren und Stadtteilen widerspiegelt. Die AWO hat bereits sehr gute Antworten in ihrer Quartiersarbeit an vielen etablierten Standorten.

Wie sehr lebt Quartiersarbeit von bürgerschaftlichem Engagement?

KATHRIN SONNENHOLZNER Bürgerschaftliches Engagement ist eine der tragenden Säulen der Arbeiterwohlfahrt – nicht nur, aber auch im Quartier. Die engagierten Menschen brauchen entsprechende Unterstützungs- und Hilfsangebote, damit sie am Ende des Tages auch noch Freude haben an ihrem Engagement. Ebenso brauchen wir auch hauptamtliche Strukturen, die das bürgerschaftliche Engagement stützen. Auf keinen Fall darf bürgerschaftliches Engagement staatliche Angebote ersetzen. Das frustriert, überfordert und überlastet die Engagierten. Auch hier muss ein Wohlfahrtsverband wachsam sein, damit die Balance zwischen Haupt- und Ehrenamt mit einer vernünftigen Trennung der Aufgaben, die jeweils die einen und die anderen haben, stimmt.

MICHAEL GROSS Freiwilliges Engagement oder Ehrenamt ist die DNA eines Wohlfahrtsverbandes. Kathrin Sonnenholzner hat es angedeutet: Wir brauchen ein Hauptamt, das unterstützend wirkt, denn Ehrenamtliche müssen ja häufig Arbeit, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen und Engagement unter einen Hut bekommen. Hier ist natürlich auch der Staat gefordert, die öffentliche Hand. Von dieser Seite müssen mehr Qualifizierung und Supervision finanziell unterstützt werden.



In Sonntagsreden wird immer wieder darauf verwiesen, dass das bürgerschaftliche Engagement der sogenannte soziale Kitt der Gesellschaft ist. Stimmt das überhaupt noch?

KATHRIN SONNENHOLZNER Ich denke, an vielen Stellen stimmt das schon. Ob jedoch ein Drittel der Menschen im Ehrenamt ist, wie es immer wieder gerne gesagt wird, möchte ich bezweifeln. Oftmals haben wenige viele Ehrenämter inne. Das ist sicher auch einer der Gründe, warum es so wichtig ist, diese Menschen »bei der Stange zu halten« und ihnen Unterstützung zu bieten. Wenn ich andererseits sehe, dass täglich Feuerwehrleute und Rettungsdienstleistende tätlich angegriffen werden, wenn sie ihre Ehrenämter ausüben, dann haben wir noch viel zu tun.

MICHAEL GROSS Absolut. Das Thema Schutz und Anerkennung der Tätigkeit der Ehrenamtlichen ist ganz wichtig. Mit Blick auf die »Blaulicht-Tätigkeiten« sagen leider immer mehr Arbeitgeber, wie problematisch es angeblich ist, Engagierte dafür freizustellen. Ebenso ist mir aus kommunalen Parlamenten bekannt, dass junge Leute nicht vom Arbeitgeber freigestellt werden. Wir stehen also nicht nur vor der Herausforderung, Familie und Beruf, sondern Ehrenamt und Beruf in Einklang zu bringen.

Was kann die AWO tun, um attraktiver zu sein für mögliche Engagierte und Ehrenamtliche?

KATHRIN SONNENHOLZNER Wir müssen schauen, wie wir die bisher Aktiven unterstützen und zugleich vor allem für junge Menschen attraktiv werden. Ich halte hier das Thema Ökologie für besonders geeignet, weil dort mittlerweile das größte Engagement junger Menschen stattfindet. Ökologie für die AWO bedeutet natürlich, den Klimaschutz in Einklang mit der sozialen Frage zu bringen. Hier besteht ein großer Spielraum, um junge Menschen an uns binden zu können. Sicher nicht gleich 20 oder 30 Jahre, wie das früher war. Zumindest aber projektbezogen und in der Hoffnung, dass wir auch danach noch als Verband für sie attraktiv sind. Wir müssen in diesem Zusammenhang Angebote für alle interessierten jungen Menschen aus der gesamten Breite unserer Gesellschaft machen. An dieser Stelle ist unser Bundesjugendwerk ein wichtiger Partner.

Sehen Sie in diesem Zusammenhang auch Chancen für digitales Engagement?

MICHAEL GROSS Ich glaube, dass es Chancen und Risiken gibt. Wir müssen da sehr vorsichtig sein. Wir erleben es ja selber in den letzten fast zwei Jahren, dass digitale Kommunikation den Austausch von Angesicht zu Angesicht nicht ersetzen kann. Klar, wir brauchen da jede Expertise und müssen zugleich darauf achten, dass wir nicht einiges verlieren von dem, was uns menschlich wichtig ist. Da bin ich aber mit Blick auf die AWO sehr zuversichtlich.

In den Diskussionen um die neue Regierungskoalition, aber auch im Wahlkampf zur Bundestagswahl schien das Thema Stärkung der Zivilgesellschaft, die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements, eher eine untergeordnete Rolle zu spielen. Haben Sie eine Idee, warum das so ist?

KATHRIN SONNENHOLZNER Meine optimistische Betrachtungsweise: Die Koalitionäre sind sich alle einig, dass da viel getan werden muss, und deswegen ist es während der Koalitionsverhandlungen gar nicht nötig, das Thema aufs Tapet zu bringen, weil man sich ohnehin verständigen kann. Die pessimistische Betrachtung: Man kann sich überhaupt nicht verständigen und hat es deswegen bisher ausgeklammert. Wahrscheinlich liegt der Weg hier in der Mitte. In jedem Falle haben wir den Verhandler*innen Briefe geschrieben und mehr Aufmerksamkeit für das bürgerschaftliche Engagement eingefordert. Am Ende des Tages geht es natürlich auch da um Fragen des Geldes zur Finanzierung von Strukturen.

MICHAEL GROSS Ich gehe davon aus, dass in den Köpfen der Verhandler*innen das Ehrenamt präsent ist. Die Frage ist: Wie wird sich das in den Koalitionsergebnissen wiederfinden? Wir haben als Wohlfahrtsverband die Aufgabe, darauf hinzuweisen, welche wichtige Funktion das Ehrenamt hat. An dieser Stelle unterscheiden wir uns massiv von privaten Anbietern – auch mit unserem bereits vorhandenen starken Ehrenamt.

Was im Koalitionsvertrag steht, ist das eine, was in der Gesetzgebung passiert, ist etwas ganz anderes. Wenn Sie die Möglichkeit hätten, von heute auf morgen ein Gesetz in den Bundestag zu bringen, zu welchem Thema wäre das?

KATHRIN SONNENHOLZNER Ich würde gleich ein »Omni-busgesetz« zu Pflege und Gesundheit nehmen. Da kann ich alles reinpacken: von der großen Pflege-reform bis zu einer auskömmlichen Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.

Nachdem das alles Sozialgesetzbuch (SGB) ist, kann man auch gleich die Zusammenlegung von Pflege- und Krankenversicherung und damit die Beseitigung lästiger Schnittstellen und unnötig »verbratener« Gelder reinbringen.

MICHAEL GROSS Für mich ist eines der exponierten Themen die Kindergrundsicherung, aber nicht als Bestandteil des SGB II, sondern als eigenständige Leistung. Hier geht es nicht um Almosen, sondern um die Befähigung fürs Leben. Da gibt es richtungsweisende Vorschläge, die wir als AWO gemacht haben. Das Thema Grundsicherung sehe ich in einem ähnlichen Kontext. Wir müssen weg von Hartz IV und der Agenda 2010 zu einem Bürgergeld. Damit komme ich auch zum nächsten Thema: Wir müssen dafür sorgen, dass alle, die arbeitswillig sind und selbst für den Lebensunterhalt sorgen wollen und können, auch Arbeit finden. Um die Anschlussfähigkeit Langzeitarbeitsloser wieder herzustellen, ist der soziale Arbeitsmarkt von großer Bedeutung. Den müssen wir mit Blick auf die Chancen von Langzeitarbeitslosen noch stärker ausbauen. Ebenso brauchen wir eine Durchlässigkeit auf dem Arbeitsmarkt für jene Menschen, die lange nicht im Arbeitsprozess stehen oder aufgrund ihrer körperlichen oder seelischen Verfassung nicht arbeitsfähig waren.

Abschließend: Die fünf Grundwerte der AWO – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz – sind im Grunde genommen immer aktuell, aber vielleicht aktueller denn je. Was kann oder müsste getan werden, damit diese konkret mit Leben gefüllt werden und nicht zu leeren Worthülsen verkommen? Einerseits seitens der Politik und andererseits von der Arbeiterwohlfahrt selbst?

KATHRIN SONNENHOLZNER Zunächst haben wir im eigenen Verband an der einen oder anderen Stelle noch Hausaufgaben zu erledigen, weil Dinge passieren, von denen man auf den ersten Blick sehen kann, dass sie mit diesen Werten nichts zu tun haben. Daran arbeiten wir auch mit allen Mitteln. Wir müssen ebenso die Werte an die Menschen heranbringen und Demokratiebildung leisten.

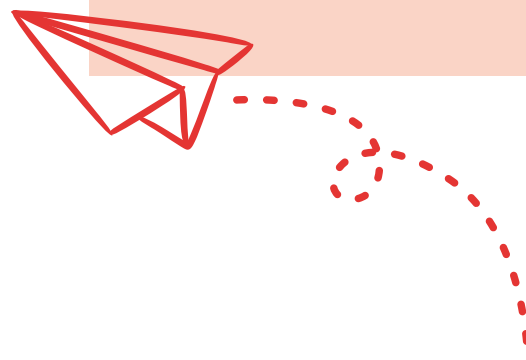
MICHAEL GROSS Wir müssen nach innen und außen Vorbild sein. Wir werden daran gemessen, wie wir diese Werte umsetzen gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der AWO, in unseren Strukturen, gegenüber dem Ehrenamt, gegenüber der Öffentlichkeit. Auf Augenhöhe kommunizieren und handeln. ❤️

Das Gespräch wurde Anfang November 2021 geführt.



Geschlechterrolle rückwärts verhindern!

Schon vor der Corona-Pandemie war Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland nicht erreicht. Die Auswirkungen der Pandemie auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, Repräsentanz und Teilhabe sowie körperliche Selbstbestimmung von Frauen sind bisher gravierend und gleichzeitig in ihren Langzeitfolgen noch nicht absehbar. Die Vision einer geschlechtergerechten Gesellschaft kann nur als Querschnittsaufgabe angegangen werden. Auf keinen Fall darf es zu einer Retraditionalisierung von Geschlechterrollen kommen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf der finanziellen Aufwertung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen der sozialen Berufe liegen, denn diese werden mehrheitlich von Frauen ausgeübt und sind unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Auch die Gruppe der zumeist weiblichen Alleinerziehenden muss endlich entlastet werden.



Verlässliche Demokratie-förderung

Die AWO beteiligt sich am Programm »Respekt Coaches« der Jugendmigrationsdienste. Ziel ist die Prävention gegen jede Form von Extremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

AUTOR PETER WIDMANN

Das demokratische Gemeinwesen lebt von der Vielfalt der Menschen. Und es lebt davon, dass sich die Menschen gegenseitig als Verschiedene und dabei Gleiche anerkennen – Menschen verschiedenen Geschlechts, Alters, verschiedener Weltansichten und Religionen, biographischer Erfahrungen und Präferenzen. Solange über die demokratischen Spielregeln Einigkeit herrscht, hält das Gemeinwesen Konflikte, auch scharfe, gut aus und entwickelt sich gerade in Konflikten weiter. Das demokratische Gemeinwesen lebt auch von Menschen, von Gruppen und Organisationen, die sich für diese Spielregeln als Grundlage des Zusammenlebens engagieren und von den vielen Aktiven, die einstehen gegen menschen- und demokratiefeindliche Ideologien. Eine künftige Bundesregierung muss sich daran messen lassen, wie entschieden sie dieses Engagement unterstützt und dafür eine verlässliche Basis schafft.

Konsequent gegen Rassismus

In den vergangenen Jahren wurde einiges angestoßen. So verabschiedete das Bundeskabinett im Dezember 2020 den Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Der Katalog enthält 89 Maßnahmen aus den Zuständigkeitsbereichen von sieben Bundesministerien und von mehreren Bundesbeauftragten. Die Bundesregierung kündigte zur Umsetzung der Maßnahmen für die Jahre 2021 bis 2024 einen Finanzrahmen von einer Milliarde Euro an. Für das Haushaltsjahr 2021 wurden zusätzlich 150 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Die Maßnahmen können dazu beitragen, dass Rassismus als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen erkannt wird, das auch in der Mitte der Gesellschaft wirkt. Damit können die Maßnahmen auch diejenigen unterstützen, die Rassismus erfahren. Gleichzeitig kann das Paket die Gesellschaft darin bestärken, ihre eigene Vielfalt anzuerkennen und die Teilhabe aller ihrer Mitglieder sicherzustellen. Die Maßnahmen werden ihr Potenzial aber nur entfalten, wenn eine neue Bundesregierung die Ankündigungen in die Tat umsetzt.

Demokratieförderung braucht Stetigkeit

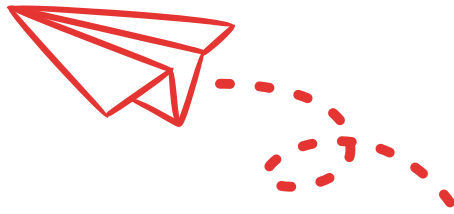
Gleichzeitig kann der Maßnahmenkatalog nur ein Baustein einer langfristigen Strategie sein. Um die Grundlagen des demokratischen Gemeinwesens auf Dauer zu sichern, ist eine Politik erforderlich, die über einzelne Maßnahmen und kurzfristige Projekte hinausgeht. Demokratieförderung ist eine essentielle Dauer- und Querschnittsaufgabe. Ihr gerecht zu werden erfordert eine gesetzliche Grundlage, ein Gesetz zur Förderung der Demokratie. Demokratieförderung ist Bildungs- und Beziehungsarbeit, die nur auf der Basis von Verlässlichkeit und Stetigkeit gelingt.

Wie wichtig Verlässlichkeit und Stetigkeit sind, erfährt die Arbeiterwohlfahrt in vielen Bereichen, in denen sie sich dafür einsetzt, Demokratie zu stärken und menschenfeindliche Ideologien zu bekämpfen. So beteiligt sich die AWO etwa an einem besonders innovativen Programm zur demo-



Wehrhafte und vielfältige Demokratie & Förderung des Ehrenamtes!

Die Menschen in Deutschland wollen die Gesellschaft mitgestalten. Dieser häufig ehrenamtlich getragene Gestaltungswille ist essentiell für unser demokratisches Miteinander. Demokratisch verfasste Wohlfahrtsverbände wie die AWO, die im Quartier und Gemeinwesen arbeiten, und andere Mitgliederorganisationen, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von Extremismus bewirken sozialen Zusammenhalt und sind das Immunsystem der Demokratie. Ohne eine gesunde staatliche Förderstruktur laufen die Organisationen jedes Jahr aufs Neue Gefahr, auszudorren und ihre Handlungsfähigkeit zu verlieren. Wir erwarten in der nächsten Legislaturperiode die Verabschiedung eines wirksamen Demokratiefördergesetzes zur Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Einsatzes für eine lebhafte, wehrhafte Demokratie und gegen Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung.



kratischen Bildung und zur Prävention gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit, in dem soziale Fachkräfte außerunterrichtliche Angebote an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im ganzen Bundesgebiet realisieren: Im Programm »Respekt Coaches« der Jugendmigrationsdienste arbeiten Jugendliche gemeinsam an der Frage »Wie wollen wir zusammenleben?«. Das vom Bundesjugendministerium geförderte Programm richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler an Kooperationsschulen der Jugendmigrationsdienste von der fünften Klasse bis zum 27. Lebensjahr. Jenseits des Politikunterrichts eröffnet das Programm neue Dimensionen politisch-gesellschaftlicher Bildung. In theaterpädagogischen Workshops etwa spielen Jugendliche Konflikte aus ihrem Alltag nach und erkunden dabei verschiedene Handlungsmöglichkeiten. In musikpädagogisch angeleiteten Rap-Workshops setzen sie sich mit Themen wie Rassismus und Diskriminierungserfahrungen auseinander. Sportpädagogische Aktivitäten schaffen den Anlass, über Regeln und Fairness zu sprechen.

Demokratische Innovationen

Seit seinem Beginn im Jahr 2018 hat sich das Programm zu einem Labor innovativer demokratischer Bildung entwickelt. Es zeigt das Potenzial der Zusammenarbeit zwischen den Jugendmigrationsdiensten als Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, Trägern der politischen Bildung und vielen Engagierten. Das spiegelt sich auch in der positiven Einschätzung des Programms im 16. Kinder- und Jugendbericht im Auftrag der Bundesregierung und in der gerade abgeschlossenen Programmevaluation zweier wissenschaftlicher Institute. Das Programm trägt zur

Pflege jetzt wirksam neu strukturieren!

In einem Brandbrief an die Kanzlerkandidat*innen hat ein breites Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Wissenschaftler*innen bereits drei zentrale pflegepolitische Anliegen formuliert und dazu aufgefordert, zum Thema Pflege endlich Stellung zu beziehen. Die drei zentralen Anliegen sind dabei auch für die AWO: 1. Häusliche Pflege wirksam unterstützen / Professionelle Pflege neu positionieren; 2. Ausbildung und Personalausstattung verbessern; 3. Finanzielle Belastung fair verteilen; Pflege und die damit verbundenen Eigenanteile dürfen weder für Betroffene noch (indirekt) für deren Angehörige zum Armutsrisiko und auch für die Kommunen keine ständig steigende Belastung werden. Corona hat gezeigt: Gute Pflege ist systemrelevant! Applaus alleine reicht nicht, Pflege muss jetzt wirksam neu mit echter Tarifbindung strukturiert werden. Die AWO fordert eine Bürgerversicherung, die alle pflegebedingten Kosten abdeckt. Renditen sind kritisch zu hinterfragen – Investition in die Pflege geht vor Gewinnerzielung.

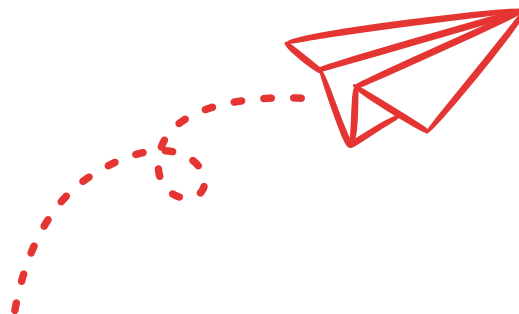
Bildungsgerechtigkeit bei, indem es Jugendlichen die Teilnahme an attraktiven Formaten politisch-gesellschaftlicher Bildung ermöglicht, die dazu bislang kaum Zugang hatten – Jugendliche aus benachteiligten Stadtgebieten, aus Familien ohne akademischen Hintergrund, aus Elternhäusern mit begrenzten Ressourcen. Das ist umso bedeutender, als sich viele hergebrachte Angebote der außerunterrichtlichen politischen Bildung in Themen, Methoden und Sprache de facto vor allem an Jugendliche aus bildungsprivilegierten Milieus richten.

Wie jede Bildungsarbeit gründet auch die demokratische Bildung auf langfristigen und belastbaren Beziehungen – zwischen Fachkräften und Jugendlichen, zwischen Einrichtungen der AWO und den Schulen sowie zu den Bildungsträgern vor Ort. Gut qualifizierte Fachkräfte für ein so herausforderndes Programm lassen sich nur gewinnen und halten, wenn ihnen eine längerfristige Perspektive geboten werden kann. So zeigt sich im Programm »Respekt Coaches« wie in anderen Programmen der Demokratieförderung: Wer professionell und wirksam an den Grundlagen des Zusammenlebens in der pluralen Gesellschaft arbeiten will, braucht einen langen Atem und eine Politik, die das langfristige Engagement stärkt. ❤️

➔ peter.widmann@awo.org



Geschlechtergerechte Politik



Forderungen für eine inklusive geschlechtergerechte Politik richtet die AWO nicht nur an eine zukünftige Bundesregierung, sondern auch an sich selbst.

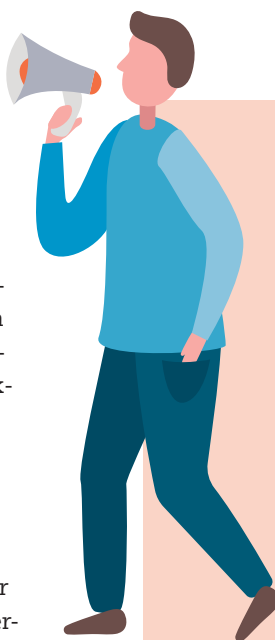
AUTORIN SINA KÜSTER

Die AWO verfolgt die Vision einer geschlechtergerechten Gesellschaft. Demgegenüber tritt die gleichstellungspolitische Schieflage in unserer Gesellschaft überdeutlich zutage. Das zeigt sich etwa in der Lücke von Einkommen und Rente, der fehlenden Anerkennung für berufliche und private Fürsorgearbeit, der hohen Gewaltbetroffenheit von Frauen im sozialen Nahraum, der fehlenden sexuellen und reproduktiven Rechte und mangelnder Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen. Vor diesem Hintergrund fordert die AWO die neue Bundesregierung umso dringlicher auf, ein Maßnahmenpaket für eine inklusive geschlechtergerechte Politik in der nächsten Legislaturperiode vorzulegen. Gefordert wird eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie, bei der ein besonderes Augenmerk darauf liegen muss, soziale Berufe aufzuwerten, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden und unverzichtbar für unsere Gesellschaft sind, und Frauen verstärkt in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Dass die AWO sich in der Umsetzung einer inklusiven geschlechtergerechten Politik auch selbst in der Verantwortung sieht, zeigt neben ihrer fachlichen und sozialen Arbeit in ihren vielfältigen Einrichtungen und Diensten gerade auch ihr Einsatz für die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt in den eigenen Strukturen. Ein Meilenstein für die innerverbandliche Gleichstellung war die Einführung einer regelmäßigen Gleichstellungsberichtserstattung. Die Gleichstellungsberichte geben fundiert Auskunft über innerverbandliche Herausforderungen und Handlungsbedarfe ebenso wie über Erfolge. So war eines der zentralen und im Verband meistdiskutierten Ergebnisse des ersten Gleichstellungsberichts der AWO (2018), dass sich der hohe Anteil von Frauen unter den Beschäftigten und Mitgliedern prozentual nicht annähernd in den haupt- und ehrenamtlichen Führungspositionen wiederfindet.

Zur Erhöhung der Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen und der Stärkung von Vielfalt in der Belegschaft setzt die AWO seit Juli 2019 das Projekt »Vielfaltsbewusst in Führung. Mit Diversity Management Potenziale erkennen, Strukturen verändern, Personal gewinnen und binden« um. Ziel ist die Entwicklung und Implementierung eines standortspezifischen Konzepts von Diversity Management. Die Ergebnisse aus dem Projekt ebenso wie die Handlungsempfehlungen aus den Gleichstellungsberichten sind richtungsweisend für die Weiterentwicklung einer AWO-spezifischen geschlechtergerechten Organisationskultur. Die AWO will die Vielfalt der Gesellschaft im Haupt- und Ehrenamt entsprechend der Bevölkerung abbilden. Die Abbildung von Vielfalt erwartet sie auch in öffentlichen Ämtern und Positionen. Es müssen deutlich mehr Anstrengungen unternommen werden, um diese zu erreichen. ❤️

➔ sina.kuester@awo.org



Sozial-ökologische Transformation!

Die vor uns liegende Legislaturperiode wird maßgeblich darüber entscheiden, ob es Deutschland gelingt, seine Verpflichtungen im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit einzuhalten. Dafür muss die Bundesrepublik Vorreiterin beim Klimaschutz und Modell für eine sozial-ökologische Transformation im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel werden. Hierfür brauchen wir eine mutige und visionäre Sozialpolitik, die Belastungen und Kosten gerecht verteilt und die Lebensrealitäten aller Menschen differenziert berücksichtigt. Es darf nicht zu neuen Ausgrenzungen kommen. Auch die AWO hat sich auf den Weg gemacht (z.B. »klimafreundlich pflegen«). Für weitere Schritte gilt: auch in der sozialen Arbeit müssen Maßnahmen für den Klimaschutz hinreichend gegenfinanziert sein.

Engagement stärkt Demokratie



Freiwilliges Engagement ist wesentlich für die AWO und für eine vitale Demokratie insgesamt. Wie der Verband mit diesen Herausforderungen umgeht, berichtet Pia Duitsmann.

INTERVIEW PETER KULEBA

1 Frau Duitsmann, wie wichtig ist bürgerschaftliches Engagement und die Übernahme von Ehrenämtern für ein demokratisches Miteinander?

Für mich ist es wichtig, über bürgerschaftliches Engagement die Mitgestaltung der Gesellschaft zu fördern und damit auch den Zusammenhalt und die Eigenverantwortung der Gesellschaft zu stärken. Ohne ein freiwilliges Engagement können wir die Prozesse der »großen« Politik nicht im Kleinen mit Leben füllen. Sich für etwas einzusetzen und eine Selbstwirksamkeit und Sinnhaftigkeit zu spüren schafft Verbundenheit und gibt Impulse für ein demokratisches Miteinander. Die Zivilgesellschaft gewinnt immer mehr an Bedeutung, da sie als Regulativ und Opposition wichtig ist. Es wird immer wichtiger, dass alltagsnahe Themen sowie regionale Bezüge durch uns als Bürger*innen belegt und belebt werden. Wir können nicht nur warten, dass andere etwas tun.

2 Was ist Idee und Besonderheit Ihres Projektes »MitWirkung im Verband!«?

In unserem Projekt haben wir vor allem das Ehrenamt im Blick. Wir versuchen im Flächenland Schleswig-Holstein den kleinen Ortsvereinen der AWO zur Seite zu stehen und die aktuellen Herausforderungen und Veränderungsprozesse gut zu begleiten. Dabei wollen wir die Motivation für ein Engagement vor Ort beleben, aktuelle sozialpolitische Themen sichtbar machen und die Ortsvereine unterstützen, neue Interessierte zu finden. Dafür müssen verschiedene Welten miteinander in den Austausch gebracht und neue Brücken gebaut werden – sowohl zwischen digitalen und analogen Welten, als auch zwischen den älteren und jüngeren Generationen mit ihren Themen oder den nötigen Strukturen für ein freiwilliges Engagement. Wir stärken Netzwerke in der Fläche, wie z.B. durch ein Demokratiefestival, was wir initiieren und darüber die jeweiligen Netzwerkpartner*innen vor Ort, die sich mit Demo-



PIA DUTSMANN

leitet das Projekt »MitWirkung im Verband!« beim AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

➔ pia.duitsmann@awo-sh.de

kratieförderung beschäftigen, zusammenbringen. So kann das abstrakte Konstrukt »Demokratie« auf greifbare Aktionen heruntergebrochen werden.

3 Worin bestehen Herausforderungen in der praktischen Umsetzung und was ist weiterhin notwendig, um die Demokratie vor Ort zu stärken?

Demokratie wird mit der Möglichkeit, wählen zu gehen, verbunden. Freiwilliges Engagement ist immer noch nicht selbstverständlich und wird eher im Aufwand hinterfragt – anders als etwa bei einem sportlichen Hobby. Leider erleben wir oft, dass die Arbeit in Vereinen an einigen wenigen Personen hängen bleibt, große Herausforderungen sind zudem die immer höheren bürokratischen Hürden für Vereine und die wachsenden Ansprüche an technisches Know-how und den Umgang mit Social Media. Anders gesagt: Die Aufgaben werden immer mehr, aber die Menschen fehlen oft. Genau hier besteht die Aufgabe, die Vereine weiter zu öffnen, um neue Engagierte zu finden und verschiedene Interessen zusammenzubringen. Denn: Bei den Engagierten sind es oft sehr persönliche, heterogene Themen für die sie sich einsetzen möchten. Es werden zwar mehr Vereine gegründet als früher, aber das Engagement kann nicht zu einer stärkeren Stimme gebündelt und Verantwortlichkeiten weniger geteilt werden. ❤️

Learning to live poor

AUTOR ERICH FENNINGER

Vor zwei Jahren hat die Volkshilfe Österreich ein Forschungsprojekt gestartet. Unser Ziel war es, besser zu verstehen, auf welche Weise Armut Kinder schädigt und was eine Aufhebung dieser Armut für die Lebens- und Gefühlswelt der Kinder bedeutet. Zwei Jahre lang haben wir eine armutsbetroffene Familie je Bundesland finanziell unterstützt. Monatlich sollten pro Kind 625 Euro zur Verfügung stehen, dies ist die Höhe der von uns auf Basis von Daten aus der Schuldnerberatung errechneten Kindergrundsicherung. Sowohl bei der Ersterhebung als auch bei den folgenden Quartalsgesprächen standen die Bedürfnisse und Gefühlslagen der Kinder im Mittelpunkt. Was sehen wir in der sozialwissenschaftlichen Begleitung und Analyse des Projekts? Was waren die primären Erfahrungen dieser Kinder? Die Kinder wissen, dass ihre familiäre Existenz nicht gesichert ist. Die Kinder erkennen diese Armuts-lage als natürliche Voraussetzung an. Ihre Eltern erleben sie als sozial isoliert und als gesellschaftlich abgewertet. Geld ist als Thema omnipräsent, weil nicht vorhanden, um Wohnung, Ernährung und Bekleidung ausreichend zu finanzieren.

Die Kinder handeln existenzorientiert und nicht, wie andere Kinder, interessengeleitet. Sie passen ihre Wünsche und ihre Bedürfnisse an das Finanzierbare an. Sie haben gelernt, in und mit Armut zu leben, learning to live poor. Was hat sich nun verändert durch die Kindergrundsicherung bei unseren unterstützten Familien und bei den Kindern?

Erstens: Die Kinder sind von den Zwangsbedingungen befreit. Oder wie es ein 13-jähriger Bub sagt: »Die Toastbrotzeiten sind vorbei.«

Zweitens: Die Wohnung transformiert sich vom Ort der Isolation zum Rückzugs- und Wohlfühlort. Mit den Worten eines 14-jährigen Buben: »Ein Zufluchtsort. Jetzt kann ich auch einfach tanzen in meinem Zimmer.«



ERICH FENNINGER

ist Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe in Österreich.

➔ erich.fenninger@volkshilfe.at

Drittens: Die Kinder erkennen, dass ihre familiäre Existenz jetzt gesichert ist. Ein 12-jähriges Mädchen sagt über ihre Mutter: »Also vorm Projekt war sie schon ein bisschen traurig, weil sie hatte nicht so viel Geld. Und nach dem Projekt war sie glücklich. Ich war selber fröhlich dadurch.«

Viertens: Kinder handeln nicht nur existenzorientiert, sondern auch interessengeleitet. »Ich hab' mehr Fußball gespielt, bin mehr Fahrrad gefahren und ich war voll oft mit Freunden im Schwimmbad«, sagt ein 14 Jahre alter Bub.

Fünftens: Ihre gesundheitliche Konstitution verbessert sich. »Ich schlaf jetzt viel besser als früher«, stellt ein 14-jähriger Bub fest.

Sechstens: Ihr Selbstwert und ihre Selbstwirksamkeit sind gestärkt. »Ich bin viel selbstbewusster. Sag ich mal so. Ich glaube, ich habe genug Mut, um genauso stark zu sein wie das stärkste Tier«, so schätzt sich ein 15-jähriges Mädchen jetzt selbst ein.

Siebtens und Letztens: Die Kindergrundsicherung ist keine Utopie. Sie ist leistbar. Eine Mehrheit der österreichischen Bevölkerung will sie. Worauf warten wir noch? ❤️

IM NÄCHSTEN HEFT

Sozialstaat der Zukunft.

Teil 1: Was bietet der Koalitionsvertrag konkret?

